

GEGENSTANDPUNKT

und Diskussion

Marxistische Erklärungen von dem, was in der Welt von Staat und Kapital abläuft, sind zwar out - wir bieten sie trotzdem. In den aktuellen Fortschritten der Klassengesellschaft, der Demokratie und der gewaltträchtigen Konkurrenz der Staaten entdecken wir ein ums andere Mal das, was dieser Gesellschaft als Prinzip zu Grunde liegt: den im Eigentum begründeten Gegensatz von Kapital und Arbeit und seine Gewalt erfordernde Betreuung durch den Staat.

Die nachfolgenden Texte sind (zumindest teilweise) Leseproben aus der aktuellen Ausgabe des **GEGENSTANDPUNKT**, einer vierteljährlich erscheinenden marxistischen Zeitschrift. Außerdem wollen wir mit Leuten ins Gespräch kommen, denen an dieser Welt von Geschäft, Gewalt & organisierter Dummheit etwas stinkt - dazu unsere Diskussionsangebote.

Imperialismus heute

Weltmarkt und Weltmacht

Von der globalisierten Zivilgesellschaft und ihrer antiterroristischen Kriegskultur

Kriegsgründe entstehen im *Frieden*; wann sonst. Umgekehrt ist *Frieden* der „Zustand“, den *Kriege* herstellen und der ohne Kriegsfähigkeit und -bereitschaft gar nicht zu haben ist. Das wussten schon die alten Römer; und nach deren Grundsatz – „Si vis pacem, para bellum!“ – handelt noch im 21. Jahrhundert die Nato, wenn sie sich dazu verpflichtet, zwecks Sicherung des Weltfriedens jederzeit zu nicht weniger als sechs Militäreinsätzen gleichzeitig – zwei größeren Kriegen à 60.000 Mann und bis zu vier kleineren mit 20-30.000 Mann Kampftruppen – fähig und bereit zu sein.

Gewandelt haben sich im Laufe der Zeit freilich nicht bloß die Dimensionen, in denen die zuständigen Strategen denken und handeln. Dass die Großmächte heute für nichts Geringeres als den *Weltfrieden* verantwortlich sein wollen, keinen bewaffneten Konflikt unbeaufsichtigt lassen, überall eingreifen können und sich das nach eigenem Ermessen auch vorbehalten, das hat – um das Wenigste zu sagen – „damit zu tun“, dass sie einen wirklich weltumspannenden Kapitalismus zustande gebracht haben und in ihrem ökonomischen Bestand von dem Nutzen abhängen, den sie aus dieser kapitalistisch erschlossenen Welt herauswirtschaften. Eine so existenzielle Abhängigkeit schließt für die großen Nutznießer die Notwendigkeit ein und ist für deren Regierungen gleichbedeutend mit dem Gebot sicherzustellen, dass die politischen Machthaber in aller Welt die Beteiligung am globalen Geschäftsleben als sachliche Grundlage, wesentlichen Inhalt und verbindlichen Leitfaden ihrer Herrschaft anerkennen, und dafür zu sorgen, dass keiner aus der Reihe tanzt. Auf die Sachzwänge des Weltmarkts, die nach Auffassung moderner Globalisierungstheoretiker selbst die mächtigsten Staaten zu ohnmächtigen Erfüllungsgehilfen der Übermacht ökonomischer Verhältnisse degradiert haben, verlassen sich die maßgeblichen Weltpolitiker dabei mitnichten. Für deren praktischen Verstand ist klar genug, dass die härtesten Sachzwänge und die Gebote der marktwirtschaftlichen Vernunft erst und nur dann greifen, wenn und solange eine souveräne Staatsgewalt zum Mitmachen entschlossen ist und ihre

Gesellschaft auf marktwirtschaftliches Geldverdienen als Überlebensmittel festlegt. Dann steckt freilich in jedem marktwirtschaftlichen Sachverhalt ein Zwang, und alle Momente des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sind Ansatzpunkte, um die Privatmacht des Geldes und die Vollmachten seiner Schöpfer erpresserisch geltend zu machen. Doch um so, in den geordneten Bahnen geschäftlicher Erpressungsmanöver, mit einander und mit der ganzen Welt umspringen zu können, bedürfen die kapitalistischen Führungsmächte eines Arguments, das die höchsten Galgen, die in letzter Instanz nur ihre eigene, nämlich die „Sprache der Gewalt“ verstehen, von der Alternativlosigkeit einer Entscheidung für das kapitalistische Weltsystem, von der Zuständigkeit der Großen für Ordnung und Sicherheit des globalen Geschäftsgangs und von der Unerlässlichkeit „guter Regierung“ nach demokratisch-marktwirtschaftlichem Vorbild überzeugt. An der Notwendigkeit unwidersprechlicher Gewalt gibt es keinen Zweifel, weil verantwortliche Ordnungspolitiker immer irgendwelche Störenfriede kennen, gegen die ihre friedliche Geschäftsordnung verteidigt werden muss. Jahrzehntlang war es die Sowjetmacht mit ihrem Sozialistischen Lager, an der der Universalismus der Freiheit des Eigentums und seiner Sachzwänge sich gebrochen hat und gegen die folglich Ordnung und Frieden verteidigt werden mussten; zur heute erreichten Globalisierung der marktwirtschaftlichen Idylle hat es nicht weniger als einen langjährigen Kalten Krieg mit beständig perfektionierter atomarer Vernichtungsdrohung und vielen regionalen Nebenkriegsschauplätzen gebraucht. Das Weltkriegssystem, das die Führungsmacht der Freien Welt zu diesem

Inhalt:

Deutsche Soldaten im Kongo ...
Seite 3
Hochschulreform heute ...
Seite 5
Diskussionstermine in NRW ...
Seite 6
Vortrag + Buchtipp: Kritik der
Psychologie ... Seite 7

Die Wissenschaft hat festgestellt...

Die Wissenschaft von der internationalen Politik glaubt ihrem staatlichen Auftraggeber seine rechtfertigende Deutung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Reaktion, die auf äußere Bedrohung nur antwortet, aufs Wort und zieht daraus zwei Schlussfolgerungen: Entweder sie macht die offizielle Kriminalisierung des Gegners mit, erklärt ihn zum Störenfried und Aggressor und wärmt ein weiteres Mal die Theorie vom gerechten Krieg auf. Oder sie macht diese Auskunft, verallgemeinert auf die ganze Staatenwelt, wirklich zum Ausgangspunkt einer Erklärung der Außenpolitik; dann baut sie einen kompletten Zirkel: Wenn jeder Staat mit seiner Rüstung nur reagiert und gar nicht agiert, dann auf eine nur vermutete, gar nicht wirkliche Aggressivität anderer Staaten, so dass aus lauter irrtümlich angenommenen Bedrohungen wirkliche werden. Am Schluss zerstören sie einander im Krieg, weil sie sich über die guten Absichten ihres Gegenübers nicht ganz sicher sein können. „States can never be certain about the intentions of other states“ - so erklärt John Mearsheimer, einer der Päpste des Fachs, warum sich Staaten kriegsbereit gegenüberstellen. (The False Promise of International Institutions, in: International Security, Winter 1994/95, Vol 19, No. 3,10) Leider, muss man sagen, hat die außenpolitische Machtentfaltung moderner Staaten handfestere Gründe als ein dummes, dummes Missverständnis.

Zweck mit ihrer Rüstung und vermittels eines Netzes von Bündnissen auf die Beine gestellt hat, ist mit dem Triumph über die große systemwidrige Ausnahme bekanntlich keineswegs überflüssig geworden, vielmehr seiner eigentlichen Bestimmung näher gekommen: Nicht mehr gelähmt durch „Gegenabschreckung“ und „atomares Patt“, konfrontiert „der Westen“ die Welt mit seinem Willen und seiner Fähigkeit zu totaler militärischer Abschreckung, beglaubigt beides durch Drohungen und „asymmetrische“ Kampfeinsätze gegen wirkliche und potenzielle Abweichler wo auch immer auf der Welt; und die herkömmliche Unterscheidung, die klare Scheidung zwischen Kriegszustand und Frieden wird hinfällig. Die hochgeschätzten Regeln der freien Konkurrenz auf dem Weltmarkt treten und bleiben nämlich nur in Kraft, wenn ununterbrochen kleine und große Sicherheitsfragen gewaltsam gelöst werden. Dann, auf der Grundlage ständiger Militäreinsätze, ist die gewaltfreie Nutzung dieser Regeln im ökonomischen Verkehr zwischen den Nationen aber auch garantiert – eine Nutzung, die bekanntlich einiges an Erpressungspotenzial zur Geltung bringt und ebenso merkwürdige Abhängigkeiten wie eine auffällige Verteilung des Reichtums stiftet.

Dieser schöne Erfolg des freiheitlichen Imperialismus hat freilich einen Haken: Er untergräbt die Kooperation, zu der die kapitalistischen Großmächte sich in der Konfrontation mit dem gemeinsamen großen Feind in Moskau haben nötigen lassen. Schon im Kalten Krieg, für den die USA ihre europäischen und anderen Verbündeten gebraucht und funktionalisiert und in dem die umgekehrt Amerika als Schutzmacht für ihre nationalen Belange in Anspruch genommen haben, sind Aufwand und Ertrag der gemeinsamen Sicherheitspolitik von allen Beteiligten beständig äußerst kritisch überprüft worden: der Aufwand nicht bloß an Geld für Rüstung, sondern an Bündnisdisziplin, an Rücksichtnahme auf die Partner, an Verzicht auf Eigenmächtigkeiten und Exklusivrechte – immerhin war es mit den Kolonialreichen der zwei westeuropäischen Siegermächte auch deshalb vorbei, weil die neue amerikanische Weltordnung dafür keine Verwendung mehr hatte –; auf der anderen Seite der Ertrag an Freiheiten des Konkurrierens

und des geschäftlichen Zugriffs, an politischem Einfluss auf die Alliierten und überhaupt, an strategischer Bedeutung usw. Der Ausgang der entsprechenden von Argwohn geprägten, auf Statusverbesserung gerichteten Revisionsbemühungen der Verbündeten ist seit der Selbstaflösung der Sowjetmacht nicht mehr durch die gemeinsame Weltkriegsoption vorentschieden: Alle Beteiligten kalkulieren neu. Den Kollateralnutzen, den ihre Kriegsallianz für sie abgeworfen hat: die gemeinsame Kontrollmacht, die Kompetenz zur Bevormundung anderer Souveräne, die Verpflichtung der Partner auf Entgegenkommen, die Freiheit, die ganze Welt als ökonomisches Betätigungsfeld mit Beschlag zu belegen – den mögen sie allesamt nicht missen; zu einer Aufteilung des Globus in exklusive Einflussphären will kein moderner Imperialist zurück. Andererseits sind alle, die Führungsmacht ebenso wie ihre Alliierten, überhaupt nicht zufrieden mit dem erreichten Stand nationaler Kontrollmacht, mit den Erfolgsperspektiven der nationalen

Wirtschaft, mit den politischen und ökonomischen Erträgen des Weltfriedens und den politischen und finanziellen Unkosten des dafür nötigen universellen Abschreckungsregimes; was die USA an strategischen und materiellen Diensten von den andern Großmächten verlangen, deckt sich weder mit deren Benutzungsinteressen und Machtansprüchen noch mit deren Willen, von der amerikanischen Weltmacht als gleichrangiger Kontrahent respektiert zu werden; beide Seiten ringen um Korrekturen; das zersetzt den politischen Einigungswillen, auf dem die gewohnte friedliche Austragung der Konkurrenz der Nationen beruht und den keine der verantwortlichen Mächte kündigen will.

So funktioniert Imperialismus heute.

aus dem Inhalt:

- I. Die Konkurrenz der Nationen um den Reichtum der Welt
 1. Der nationale Kapitalstandort und seine Erfolgsmittel
 2. Die Währung und ihr Wert
- II. Die Konkurrenz der Nationen um überlegene Gewalt
 1. Krieg und Frieden
 2. Der Weltfrieden nach dem Weltkrieg: Ein ‚kalter Krieg‘
 3. Amerikas ‚Neue Weltordnung‘: Ein dauerhafter ‚Krieg gegen den Terrorismus‘

Weitere Artikel, die sich mit der Konkurrenz der Nationen befassen:

China will Weltmacht werden

Die neue „strategische Partnerschaft“ USA-Indien

Amerikanische Energiepolitik 2006

Die Demokratisierungskarriere des Irak – Vom ‚Schurken-Staat‘ zum ‚failed state‘

34-Tage-Krieg im Libanon – Israel verteidigt sein Existenzrecht als regionale Supermacht

Weltwirtschaftsgipfel in St. Petersburg – The good and the ugly

Zwar führt momentan Amerika als Supermacht die Hierarchie der Nationen an und macht seine Kriegsfragen zu einer Angelegenheit, an der kein Staat vorbeikommt. Europa und vor allem das ach so friedliebende Deutschland, das bekanntlich noch immer aus seiner Vergangenheit lernt, halten das allerdings schlecht aus. Auch sie wollen partout „Verantwortung“ für die Welt und ihre Ordnung zu übernehmen - auf dem Balkan, in Afghanistan, im Kongo und jetzt auch im Libanon wird deshalb vorgeführt, was ein aufstrebender imperialistischer Staat(enbund) sich schuldig ist. Im folgenden sozusagen repräsentativ für die Anstrengungen Deutschlands auf diesem Feld Auszüge aus einem Artikel zum Auftreten der Bundeswehr im Kongo:

Deutsche Soldaten als Wahlhelfer im Kongo

Ein Einsatz für mehr europäische Weltordnungskompetenz

Der 30. Juli ist ein Glückstag für die Kongolesen. Nach „Jahrzehnten kriegerischer Auseinandersetzungen“ dürfen sie an den ersten freien und geheimen Wahlen seit 45 Jahren teilnehmen. Zu verdanken haben sie die schöne Bescherung der multinationalen EU-Einsatztruppe EUFOR RD CONGO unter der Führung von Deutschland und Frankreich. Deren Aufgabe besteht laut Generalleutnant Karlheinz Viereck, dem deutschen Befehlshaber der Operation, darin, *„in Kinshasa und ausgewählten Einsatzorten im Lande sichtbar zu sein und potenzielle Störer des Wahlprozesses durch militärische Präsenz glaubwürdig abzuschrecken.“* So solle die kongolesische Bevölkerung *„ermutigt“* werden, *„sich in einem sicheren Umfeld an den Wahlen zu beteiligen.“* Eine weitere militärische Intervention zum Besten des Landes und seiner Bevölkerung also - unter europäischer Regie.

- Es ist schon äußerst absurd und ausgesprochen zynisch, in einem Land, in dem Elend und Gewalt den Alltag beherrschen, ausgerechnet demokratische Wahlen zu veranstalten. Dem Kongo und seiner Bevölkerung mangelt es an so ziemlich allem - ganz bestimmt nicht an Wahlzetteln. Warum auch sollten sich verelendete und hungernde Menschenmassen ausgerechnet für die Wahl einer Herrschaft interessieren, die sich garantiert nicht um ihre Bedürfnisse kümmert? Und wieso sollten rivalisierende ‚Räuberbanden‘, die nichts außer erbitterter Feindschaft eint, sich friedlich scheidlich einem ‚Wählerwillen‘ beugen und ihre eroberten Machtpositionen zugunsten eines Rivalen aufgeben?

- Europas Politiker bestehen auf Präsidenten- und Parlamentswahlen, obwohl sie damit rechnen, dass sie, wenn sie *„nach vier Monaten aus dem Land wieder rausgehen, es im Ergebnis der gleichen Räuberbande von Milliardären und Millionären überlassen werden.“* (Bernhard Gertz, Chef des Bundeswehrverbandes) Sie schicken Truppen in den Kongo zum Zwecke der Durchsetzung und Absicherung von Wahlen, weil und obwohl sie neue Gewaltausbrüche wegen der Wahlen erwarten.

Offenbar geht die Europäische Union davon aus, dass weder die Bevölkerung Kongos noch irgendeine „politische Kraft“ im Land ein Bedürfnis nach Wahlen angemeldet hat. Deswegen ist ihnen auch klar, dass ohne militärische Präsenz und Abschreckung Wahlen im Kongo nicht zu haben sind. Aber das beeindruckt sie überhaupt nicht. Die Europäer „können“ das Land nicht „sich selbst überlassen“, weil sie ein Interesse an einer *„stabilen, friedlichen und demokratischen Positionierung Zentralafrikas“* (Verteidigungsminister Jung) haben. Gemäß der Überzeugung deutscher und europäischer Weltordnungspolitikern sind demokratische Wahlen nämlich *„die notwendige Bedingung und Grundlage für die*

Wiederherstellung von Stabilität und Ordnung“ in Ländern, die unregierbar geworden sind. Daran sollen sich die Kongolesen gefälligst orientieren und brav zur Wahl gehen. Europa hilft ihnen dabei.

Das europäische Interesse an Stabilität und Ordnung im Kongo

Warum es im Kongo eine ‚stabile Ordnung‘ - zumindest ein Mindestmaß davon - braucht, dafür nennen die europäischen Wahlhelfer die folgenden Gründe:

„Die Demokratische Republik Kongo ist reich an Bodenschätzen, darunter solche, die für uns von strategischer Bedeutung sind. Eine geordnete Entwicklung im Kongo ist also auch aus diesem Grund wichtig“ (Karl-Georg Wellmann, CDU-Abgeordneter)

„Nur ein stabiler Kongo kann verhindern, dass sich die Menschen entscheiden, aufzubrechen und ihr Heil in Flucht und Migration zu suchen.“ (Außenminister Steinmeier)

„Der Einsatz ist erforderlich, damit es auf dem gesamten afrikanischen Kontinent zu Stabilität kommt.“ (Eckart von Klæden, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU Fraktion)

Klare Worte darüber, dass es die eigenen Benutzungsinteressen am Kongo sind, die das europäische Engagement für eine „stabile und geordnete Entwicklung“ begründen: Weil das Land über Bodenschätze verfügt, die für Reichtum und Macht Europas „von Bedeutung“ sind, will Europa im Kongo funktionsstüchtige Machthaber vorfinden, die in der Lage sind, deren ‚geordneten‘, sprich reibungslosen Abtransport zu gewährleisten. Der Auftrag und der Inhalt der „neuen Staatlichkeit“, zu der die EU Kongo verhelfen will, besteht darin, als verlässlicher Rohstofflieferant für europäische Konzerne und deren globale Konkurrenzanstrengungen zu dienen. Dass diese Funktionszuweisung für die Masse der Kongolesen keine Überlebenschance vorsieht, begründet dann das nächste gewichtige Interesse an einer ‚Stabilität‘ im Kongo. Ein handlungsfähiger Staat soll sie polizeilich daran hindern, ihr ‚Heil in Flucht und Migration‘ Richtung Europa zu suchen, was unterstellt, dass an eine Beseitigung der Gründe hierfür nicht gedacht ist. Und wenn das alles gelingt, dann soll es damit als Vorbild für andere Länder Afrikas taugen, in denen dieselben elenden Verhältnisse herrschen - ein schönes Eingeständnis über den erreichten Zustand eines ganzen Kontinents und das Bemühen um ‚Besserung‘.

Gemäß dem Willen und den Maßstäben der europäischen Aufsichtsmächte braucht die neu zu schaffende vorbildhafte ‚Ordnung‘ für den Kongo vor allem eines: eine machtvolle Führung, die in der Lage ist, die Bevölkerung zu kontrollieren und für halbwegs stabile Geschäftsbedingungen zu sorgen.

Alles andere ist nebensächlich. General Viereck: „*Es geht nicht darum, den Kongo aufzubauen.*“ Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, braucht die künftige Regierung in Kinshasa in der Tat jede Menge hoheitliche Gewalt. (...)

Die Konkurrenz der Weltordnungstifter

Sowohl Deutschland wie die EU insgesamt verfolgen mit ihrer Intervention im „*strategischen Schlüsselland Afrikas*“ allerdings Ambitionen, die weit über eine nutzbringende Befriedung des Kongo hinausgehen. Die EU will sich im Kongo prinzipiell als fähige und im Speziellen als für Afrika zuständige Ordnungsmacht etablieren. Europa will die Aufsicht über die Staatenwelt nicht zum amerikanischen Monopol werden lassen. Dem Anspruch, bei der Kontrolle der weltweiten Staatenverhältnisse entscheidend mitzumischen, muss Europa - so Außenminister Steinmeier - durch entsprechende militärische Tatkraft Geltung verschaffen:

„*Denjenigen, die in den letzten Jahren im Parlament und außerhalb des Parlaments die Frage gestellt haben, was wir dort eigentlich sollen, sage ich: Die schöne alte Ordnung, in der jede Region sozusagen ihre eigenen Hinterhöfe hatte, gibt es so nicht mehr. Als Mitglied der Vereinten Nationen und aufgrund des Prozesses der multilateralen Verantwortung können wir nicht mehr sagen: In Afrika haben wir nichts zu suchen. - Wir haben auf dem Nachbarkontinent einen Teil unserer Verantwortung wahrzunehmen, wenn nach ordnungsgemäßen Abstimmungs- und Willensbildungsprozessen in den Vereinten Nationen entsprechende Vorentscheidungen gefallen sind.*“ (Außenminister Steinmeier)

In der verlogenen Form einer Pflicht, der wir uns heute nicht mehr entziehen können, und unter Berufung darauf, dass sich die Zeiten entsprechend geändert haben, meldet der deutsche Außenminister einen weitreichenden imperialistischen

Deutschlands Zuständigkeit, die natürlich immer eine europäische ist, lässt sich nicht auf eine bestimmte Hemisphäre beschränken, sie ist, wie die der amerikanischen Weltmacht, globaler Natur und erstreckt sich erstens grundsätzlich auf den Rest der Welt und zweitens schon gleich auf den Kontinent, der sich in der Nachbarschaft Europas befindet.

Anspruch an: Deutschlands Zuständigkeit, die natürlich immer eine europäische ist, lässt sich nicht auf eine bestimmte Hemisphäre beschränken, sie ist, wie die der amerikanischen Weltmacht, globaler Natur und erstreckt sich erstens grundsätzlich auf den Rest der Welt und zweitens schon gleich auf den Kontinent, der sich in der Nachbarschaft Europas befindet. Dort will sich Europa als eigenständige Ordnungsmacht bewähren - dadurch, dass es als solche neben den und gegen die USA und möglichst unabhängig von der durch sie dominierten Nato praktisch tätig wird und ein Stück Aufsicht über ein wichtiges afrikanische Land ausübt. Im Jargon des Imperialismus heißt das dann ‚Verantwortung wahrnehmen‘ aufgrund und im Dienste gutnachbarschaftlicher Beziehungen.

Dieses Programm gebiert Probleme und Zwecksetzungen eigener Art: Es mangelt dem europäischen Bündnis nicht nur an einem mit Amerika konkurrenzfähigen Militärapparat und an einem gesamteuropäischen imperialistischen Willen. Es mangelt der anspruchsvoll verfassten europäischen Sicherheitsdoktrin daher auch an ‚Glaubwürdigkeit‘, d.h. an Beweisen,

die eigenen weltordnungspolitischen *Ambitionen* auch militärisch selbstständig *durchsetzen* zu wollen und zu können. Auf diesem Feld besteht nach Auffassung der führenden Staatsmänner Europas dringender Handlungsbedarf. Die *übergeordnete* Zielsetzung der Kongo-Mission besteht von daher darin, Europas Wille und Befähigung zur Weltmacht unter Beweis zu stellen. Das alle anderen Berechnungen überwältigende Ziel für den Kongo-Einsatz ist, *dass* er überhaupt stattfindet. Geplant ist eine Art Premiere für Europa als eigenständige imperialistische Macht: Eine „*symbolische Mission*“, mit der die EU ein „*richtiges Zeichen für ihre ESVP setzt*“ (General Viereck) und sich vor aller Welt als „*sicherheitspolitische Größe*“ profiliert. (...)

Wichtig und vorbildhaft ist die edle Mission zur Demokratisierung des Kongo also hauptseitig deswegen, weil sie ein Stück militärpolitischer Emanzipation Europas von der Nato ins Werk setzt und einen Schritt zu einem eigenständigen europäischen Militärbündnis darstellt.

In Berlin verbucht man darüber hinaus die Sache schon jetzt als Erfolg für Deutschland, weil man neben Frankreich die Gelegenheit erhält, sich auch auf dem militärischen Sektor als EU-Führungsmacht zu bewähren. Jetzt kann die Bundeswehr ihre Fähigkeit zur Leitung eines solchen Einsatzes unter Beweis stellen. Anlass zur Zufriedenheit stiftet denn auch die Tatsache, dass es gelungen ist, für den deutsch-französisch geführten Einsatz die „*breite politische Unterstützung unter den EU-Mitgliedern*“ gefunden und ihn durch „*Kräftebereitstellung der wesentlichen europäischen Partner*“ abgesichert zu haben.

Um den eigenständigen europäischen Charakter seiner ‚Mission‘ gegenüber dem amerikanischen Vorbild hervorzuheben, wirbt Europa mit dem friedensbetonten Charakter seines Militäreinsatzes und präsentiert sich als die alternative und vor allen Dingen bessere Aufsichtsmacht. Die europäischen Demokratieexporteure legen allergrößten Wert auf die Demonstration, wie sehr sich ihre Art weltpolitischer ‚Verantwortung‘ von der der USA unterscheidet: Ihre Militärintervention ist im Gegensatz zu den Demokratisierungskriegen der USA völkerrechtlich einwandfrei durch ein UNO-Mandat legitimiert, von der Sache her völkerfreundschaftlich und nicht-kriegerisch, kann insofern überhaupt nicht mit dem „*völkerrechtswidrigen Irak-Krieg gleichgestellt werden*“ (Christoph Strässer, SPD-Abgeordneter). (...) So empfiehlt sich der europäische Militäreinsatz zur Sicherung und Überwachung von freien Wahlen im Kongo als eine Art ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘, die den Afrikanern zu einer eigenen Herrschaft verhelfen und so einen „*staatlichen Neubeginn*“ in dem ‚gescheiterten‘ Staat in die Wege leiten soll. Dabei lebt dieser schöne Schein davon und hat seinen Grund darin, dass die europäischen Staaten eben keine den USA ebenbürtige Militärmacht zur Durchsetzung ihrer Weltordnungsansprüche besitzen.

Kein Wunder, dass im Lichte der strategischen Zielsetzung und in Anbetracht der ‚explosiven‘ Verhältnisse vor Ort die Nation die Sorge plagt: „*Was passiert, wenn bewaffnete Gruppen das Wahlergebnis nicht anerkennen wollen, wenn die Sicherheitslage kippt?*“ Dann hätte nicht nur der kongolische Demokratisierungsprozess einen Rückschlag erlitten; dann hätten sich die Bundeswehr bzw. die europäischen „*battle groups*“ in Kinshasa blamiert anstatt ein überzeugendes Exempel ihrer abschreckenden und friedensstiftenden Qualitäten zu liefern. Doch wer sich solche Risiken nicht zutraut, braucht erst gar nicht die Konkurrenz zu Amerika aufzunehmen.

Die deutsche Universitätslandschaft wird derzeit gründlich umgekrempelt. Politiker aller Parteien, die Bundes- und sämtliche Länderregierungen halten eine Reform der Hochschulen für dringend geboten, schaffen alte Rechte und Strukturen ab, richten neue ein. Das machen sie nicht, weil sich die Professoren- oder Studentenschaft über Inhalt und Organisation von Forschung und Lehre beschwert hätten. Die Politik selbst ist unzufrieden mit den Leistungen der deutschen Hochschulen und meldet einen ziemlich fundamentalen Reformbedarf an. Neben der flächendeckenden Senkung des nationalen Lohnniveaus durch die Sozialreformen der Agenda 2010 ist die Modernisierung von Forschung und Lehre ein weiteres „strategisches“ Reformprojekt, von dem nach Auskunft der Veranstalter nicht weniger als unser aller Existenz, nämlich „die Zukunft unseres Landes“ abhängt.

Hochschulreform heute:

Das Projekt, Wissenschaft und Ausbildung als Waffe in der Standortkonkurrenz zu effektivieren

„Das Wohl und Wehe der deutschen Volkswirtschaft, die Chance, in Deutschland Wohlstand zu erhalten und, wo immer es geht, zu mehren, hängt von unserer Fähigkeit ab, Geld zu mobilisieren, um in die Zukunft zu investieren. Wenn man sich die Situation in Europa anschaut, stellt man fest, dass Deutschland, was die Forschungs- und Entwicklungsausgaben angeht, besser ist als der Durchschnitt, besser ist als die großen Industrienationen, mit denen wir in erster Linie zu konkurrieren haben, aber deutlich schlechter als zum Beispiel die Skandinavien. Es ist völlig klar: Wenn wir oben bleiben wollen, wenn wir Spitze bleiben wollen in der Weltwirtschaft, dann müssen wir mehr in Forschung und Entwicklung investieren. Und wir müssen es jetzt tun - wir können es nicht auf die lange Bank schieben.“ (Regierungserklärung von Gerhard Schröder am 17.03.2005)

„Wir müssen in Deutschland vor allem durch permanente Innovationen Wettbewerbsvorsprünge erzielen, damit wir umso viel besser werden, wie wir teurer sind. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Volkswirtschaft bis zum Jahr 2010 3% des BIP für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stellen.“ (Koalitionsvertrag der CDU/SPD-Regierung, November 2005)

Der bis kürzlich amtierende Bundeskanzler und die neue Regierung der Großen Koalition erklären eine Spitzenrolle bei der Produktion und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu einem, wenn nicht dem entscheidenden Lebensmittel der Nation: Wir, alias unser Land, brauchen mehr Forschung, herausragende Wissenschaftler, mehr Studenten und besser qualifizierte Arbeitskräfte. Warum „wir“ das brauchen, ist für Deutschlands Regenten sonnenklar und eine erste Auskunft über die moderne „Wissengesellschaft“: Mehr und bessere Wissenschaft brauchen „wir“, um die kapitalistische Standort-Konkurrenz der Nationen zu bestehen und möglichst zu gewinnen. Die Erkenntnis von Natur und Gesellschaft wird nicht im Interesse und zum Wohle der gewöhnlichen Leute vorangetrieben, sondern um dem Kapital wissenschaftliche und technologische Instrumente bereitzustellen, die sein erfolgreiches Wachstum programmieren. Dem Staat ist es selbstverständlich, Wissenschaft und Ausbildung als Potenzen seiner (inter-)nationalen ökonomischen und politischen Machtentfaltung zu betrachten und zu behandeln. Das galt schon immer und gilt heute erst recht, wo die Nation mit sich unzufrieden ist, weil sie an der internationalen Konkurrenz nicht so verdient, wie sie beansprucht. Damit das wieder anders wird, das auf dem heimischen Wirtschaftsstandort engagierte Kapital seine Wachstumsschwäche überwindet und Deutschland wieder zu den selbstverständlichen Gewinnern der „Globalisierung“ gehört, ist der Staat entschlossen und hat beschlossen, die „Ressource Wissen“ zu mobilisieren. (...)

Studiengebühren: Studenten investieren ins eigene Humankapital und werden zu schnellem Studium motiviert

(...)Die flächendeckende Einführung des kostenpflichtigen Studiums veranschlagt die Politik abermals als einen probaten Hebel zur Steigerung der Effizienz der universitären Ausbildung. Erstens erschließt der Staat sich und seinen Hochschulen eine neue Einnahmequelle, indem er die „Kunden“ für seine „Dienstleistung“ zur Kasse bittet. Zweitens verspricht sich der Staat, der mit der bisherigen kostenlosen Ausbildung Faulheit belohnt haben will, von Studiengebühren den heilsamen Zwang zu mehr Fleiß: Studenten, die für ihr Studium zahlen müssen, sind „motiviert“ und wollen was „leisten“; sie haben die zu ihrer Funktion passende Einstellung, studieren billiger und schneller und drängen jünger in die Berufe.

(...)Wer „praxisrelevant“ ausgebildet sein will, muss sich an das „Prüfungsrelevante“ halten und allem „Luxus“ entsagen, den man sich nicht leisten kann. Die Zeiten, in denen das Studium noch ein bisschen anders verstanden werden konnte als die Aufgabe, sich an der Hochschule sein „human capital“ zu verschaffen (einige vielleicht sogar eine kurze Zeit lang das Studium mit dem Bedürfnis verwechselten, von der Wissenschaft zu erfahren, was auf der Welt los ist), sind mit den Studiengebühren und der Konstruktion des Modulstudiums nach dem Modell einer 40-Stunden-Arbeitswoche endgültig vorbei. (...)

Dass die Studiengebühren die jungen Menschen vom Studium abschrecken und die Studentenzahlen sinken, wie ihm manche Kritiker vorhalten, befürchtet der Staat nicht.(...) Er verlässt sich auf den in seinem Volk gezüchteten Aufstiegswillen - schließlich braucht einen Hochschulabschluss, wer den schlecht bezahlten niederen Arbeiten entgehen und an die höher dotierten Positionen in der kapitalistischen Berufshierarchie gelangen will.

Aus dem Inhalt:

- **Mobilisierung der Wissenschaft als Produktivkraft für die Konkurrenzbedürfnisse von Geschäft und Gewalt**
 - **Freiheit der Wissenschaft als Modus ihrer Unterordnung**
 - **„Exzellenz“ – der neue Imperativ für die Wissenschaft**
 - **Leistungsorientierte Mittelverteilung: Hochschulen müssen um Geld konkurrieren und „Profil“ ausbilden**
 - **Drittmittel: Instrumentarium zur Effektivierung des Forschungsbetriebs**
 - **Bachelor und Master: neue Studiengänge für die globale Bildungskonkurrenz**
- Textauszüge aus: GegenStandpunkt 4/05 – zu bestellen bei: gegenstandpunkt@t-online.de www.gegenstandpunkt.com**

Kritik fängt nicht damit an, dass sie an sich die kritische Frage stellt, ob sie praktisch und konstruktiv ist. Sie beginnt damit, dass man sich überlegt, woher all das kommt, was man als Belästigung, Schaden oder Dummheiten wahrnimmt. Wer auf das bisschen Ursachenforschung verzichtet, vertut sich womöglich im Engagement, sucht sich Ort, Zeit und Adressaten seiner Bemühungen verkehrt aus. Dann vergeht seine Jugend, und er war beim Sozialforum, hat seine Zeit im AStA verplempert und Grüne oder Linkspartei gewählt, während die Klassengesellschaft funktioniert, dass es kracht.

Diskussionsangebote

Bielefeld

Mittwoch, 18. Oktober, 19 Uhr:

Eine abweichende Bilanz von Krieg und Frieden im Nahen Osten: Wer kämpft da eigentlich wofür?

Ort: Uni Bielefeld, Hörsaal 16

Dienstag, 7. November, 19 Uhr:

Kritik der Psychologie

Ort: Uni Bielefeld, Hörsaal 6

Diskussionstermine der AG Analyse und Kritik:

Der Einsatz der Bundeswehr im Libanon

Freitag, 3. November, 20 Uhr

Ort: Bürgerwache am Siegfriedplatz ,
Rolandstr. 16, Bielefeld, Raum 102

Psycho II – über die unsinnige Suche nach dem großen Glück im Liebesleben

Dienstag, 12. Dezember, 20 Uhr

Ort: Bürgerwache am Siegfriedplatz ,
Rolandstr. 16, Bielefeld, Raum 07

www.ak.blogsport.de

e-mail: analyseundkritik@gmx.de

Büchertisch: 24. Oktober, 11 - 14.30 Uhr
in der zentralen Halle der Uni Bielefeld

Arbeitskreis „Arbeit und Reichtum“

Donnerstag, 2. November, 20 Uhr

Buchladen „Taranta Babu“, Humboldtstr. 44,
Dortmund (vierzehntägig)

www.gegenstandpunkt.com

-> Diskussionsveranstaltungen: Bochum/NRW

Bonn

Die Gruppe kritischer Studenten (GKS) Köln/ Bonn bietet regelmäßig Diskussionsveranstaltungen an:

Montag, 30. Oktober, 19 Uhr:

**Deutschland als Weltordnungsmacht:
Kongo, Libanon...**

Montag, 3. November, 19 Uhr:

Wissenschaftskritik: Psychologie

Weitere Termine: Montags 19 Uhr am 27.11., 11.12., 8.1.,
23.1., 5.2., 26.2., 12.3.

Ort: Buchladen „Le Sabot“, Breite Straße 76, 53111 Bonn
Außerdem führt die GKS eine „Kapital“-Arbeitskreis durch.

Interessenten können sich bei den Diskussionsterminen
melden oder per

e-mail, siehe.: www.gegeninformation.net

Dort kann auch ein Newsletter der GKS
abonniert werden.

Bochum/Dortmund

Diskussionstermine des „GegenStandpunkt“

Dienstag, 31. Oktober, 20 Uhr:

**Grass-Affäre: Wofür braucht die Nation moralische
Leuchttürme?**

Dienstag, 21. November, 20 Uhr:

**Siemens, Airbus, AEG usw.: Mangelnde
Verantwortung von Wirtschaft und Staat für deut-
sche Arbeitsplätze?**

Weitere Termine: jeweils Dienstag 12.12., 9.1.,
30.1., 20.2., 20.3., 17.4.

Ort: Hotel Ibis, Tagungsraum, Parterre, Universitätsstraße
3 (hinter dem Hauptbahnhof), Themen siehe unter:

www.gegenstandpunkt.com

-> Diskussionsveranstaltungen: Bochum/NRW

Mittwoch, 6. Dezember, 19.30 Uhr:

Moral – das gute Gewissen der Klassengesellschaft
Dortmund, Dietrich-Keuning-Haus (Saal), Leopoldstr. 50 -
58

Köln

Gegeninformation/Neusser Monat

Donnerstag, 9. November, 20 Uhr:

**Eine abweichende Bilanz von Krieg und Frieden im
Nahen Osten: Wer kämpft da eigentlich wofür?**

Donnerstag, 14. Dezember, 20 Uhr:

**Über den Glauben und sein inniges Verhältnis zur
Macht**

Eine Diskussionsveranstaltung über Religion
und Politik

Ort: Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“, Melchiorstr. 3,
50607 Köln (Nähe Ebertplatz), Offener Treff

www.gegeninformation.net

Von der Abteilung der Geistes- und Sozialwissenschaften erwarten sich die politischen Hüter der Gesellschaft nützliche Einsichten und Auskünfte, nämlich über das „Funktionieren“ von Mensch und Wirtschaft, des sozialen Verhaltens und ihres eigenen Arbeitsplatzes, der herrschaftlichen Ordnung. Sie versprechen sich davon sozialtechnische Hilfsmittel und konstruktive Orientierungen für die *Optimierung* dieses Funktionierens: ihres demokratischen Machtgetriebes (Wählerbewegungsprognosen und -analysen nicht zu vergessen!), des betrieblichen Ausbeutungs-Managements, des hierarchischen Verwaltens der Klassegegensätze, der patriotischen Willensbildung und moralischen Erziehung frei denkender Staatsbürger (kriegsbereite Friedenssehnsucht inklusive), des vom Scheitern in der Konkurrenz gebeutelten Gemütshaushalts so mancher Individuen etc.

Gruppe „Kritische Studenten“ lädt ein: Vortrag: Kritik der Psychologie Das moderne Opium des Volkes

Prof. Albert Krölls, Hamburg

Mit Hilfe der psychologischen Weltanschauung bewerkstelligt der moderne Mensch die Selbstmanipulation des schwierigen Willens zum Glück in einer Gesellschaft, die für die große Mehrheit die wenig lohnende Lebensperspektive der abhängigen Arbeit vorsieht. Die Kunst der Glücksfindung besteht darin, seine Erwartungen an die Welt an deren harte Realitäten anzupassen, ihre Anforderungen als Bewährungsprobe zu betrachten und in der Erfüllung der gesellschaftlichen Pflichten seine Selbstverwirklichung zu suchen. Wer von der Gesellschaft den Wert der eigenen Person bestätigt erhalten

**Uni Bielefeld: 7.11.,
19 Uhr, HS 6**

**Uni Bonn: 8.11., 20 Uhr
HS 17 (Regina-Pacis-Weg 5)**

**Uni Bochum: 16.11., 19 Uhr,
Freie Uni Bochum, im
Querforum West
(Alte Übergangsmensa)**

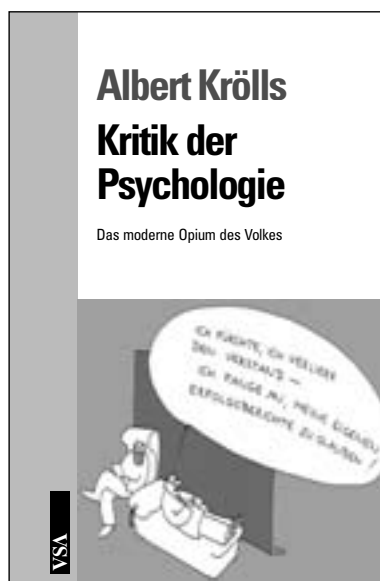
will, ist vom grundsätzlichen Verständnis für die Zumutungen erfüllt, die der demokratische Kapitalismus ihm auferlegt. Die Wissenschaft der Psychologie liefert für dieses selbstbewusste Unterwerfungsbedürfnis die passende Theorie. Danach ist das Handeln des Menschen keinesfalls das einfache Resultat seiner Absichten und Beschlüsse. Vielmehr ist er determiniert durch innere und äußere Bedingungen: Triebe, Reiz-Reaktions-Mechanismen, Dispositionen, Verhaltensmuster, Umwelteinflüsse etc.

Mit dieser Bestimmung des Willens als abhängiger Variable erteilt die Psychologie zugleich einen umfassenden Steuerungsauftrag. Eben noch als Spielball psychischer Impulse definiert, soll derselbe Mensch nunmehr als Konfliktmanager der widersprüchlichen Anforderungen fungieren, welche seine innere Motivationslage und die äußere Welt an ihn richten. Er soll im Kampf mit sich selbst ein seelisches Gleichgewicht herstellen, ein Programm, das seit Freud unter dem Namen einer gelungenen Ich-Bildung bekannt ist.

Aus dem Inhalt:

- Der Psychoboom: Zur Karriere einer mächtigen Ideologie
- Psychologie: Die wissenschaftliche Sehnsucht nach einem gesetzmäßig funktionierenden Staatsbürgerwillen
- Freud: Der Kampf dreier Linien im Dienste der sozialen Anpassung des Subjekts
- Skinner: Der radikale Vertreter des psychologischen Steuerungsideals
- Adorno / Horkheimer: Die autoritäre Herrschaft - Ein ideales Entsprechungsverhältnis zwischen Staatsgewalt und Untertanenseele
- Holzkamp: Ausländerfeindlichkeit - ein staatlich provoziertes Sündenfall des emanzipatorischen Subjekts
- Rogers: Gesellschaftliche Anpassung als Selbstverwirklichung
- Psychotherapie: Fachlich angeleitete Selbstdomestizierung des funktionsgestörten Willens

Neu bei VSA:



160 Seiten; € 12,80; ISBN 3-89965-213-4

Albert Krölls untersucht die Welt psychologischer Theorien darauf hin, welche Beiträge sie zur Anpassung des bürgerlichen Konkurrenzsubjektes an seine gesellschaftliche Heimat erbringen, worin ihr legitimatorischer Gehalt besteht und auf welchen systematischen Fehlern der Theoriebildung diese gesellschaftliche Nützlichkeit gründet.

Im Buchhandel oder direkt bei:

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28050567
Fax 040/28060568
info@vsa-verlag.de

Ausführliche Infos, Inhaltsverzeichnis, Leseprobe:

www.vsa-verlag.de

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift 3-06

Imperialismus heute

Weltmarkt und Weltmacht

**Von der globalisierten
Zivilgesellschaft und ihrer anti-
terroristischen Kriegskultur**

„Die Haupttendenzen auf der Welt sind
Frieden und Entwicklung“

China will Weltmacht werden

**Die neue „strategische
Partnerschaft“ USA-Indien**

Indien – Adressat und Nutznießer ameri-
kanischer Weltordnungsbedürfnisse:
Als Großmacht von Amerika anerkannt,
gefördert und gefordert

Amerikanische Energiepolitik 2006

**Eine Fallstudie zum „dual use“ von
Energie**

Die Demokratisierungskarriere des Irak
**Vom ‚Schurken-Staat‘ zum ‚failed
state‘**

34-Tage-Krieg im Libanon

**Israel verteidigt sein Existenzrecht
als regionale Supermacht**

Weltwirtschaftsgipfel in St. Petersburg

The good and the ugly

Chronik –

Kein Kommentar!

(1) BND und deutscher Journalismus in
„Spitzelaffäre“ verstrickt:

**Die öffentliche Aufklärung im Clinch
mit der geheimen**

(2) Die Selbstbehauptung eines
verfemten Staatsmannes:

**Ahmadinedschad attackiert die
moralische Hegemonie des Westens**

Mit der ‚Auschwitzlüge‘ gegen die
Legitimität Israels

Ahmadinedschad liest dem
‚Leibhaftigen‘ die Leviten

(3) „Produktivitätsoffensive“ bei der
Volkswagen AG:

Wieder an die Spitze – mit massenhaft
unbezahlter Mehrarbeit und
Entlassungen!

(4) **Grundkurs Ideologiekritik**

– heute: „Trotz Rekordgewinnen:
Allianz streicht 7500 Arbeitsplätze“
Was heißt da „trotz“?

(5) Die „schwarz-rot-geile
Fußballparty“:

**Das Opium fürs Volk, die Dröhnung
für die Herrschaft –**

ein Drama in drei Akten

**1. Akt: Die Opiumhöhle wird
eingrichtet**

Das Bühnenbild: Die Selbstfeier der
Nation und ihr Spielfeld

Die Premiere im neuen Haus:

„Weltmeisterschaft im eigenen Land“

Die Regieanweisung: „Die Welt zu
Gast bei Freunden“

2. Akt: Das Volk nimmt Platz

Die große Party

„Schwarz-rot-geil“

**3. Akt: Nach dem Rausch – der Chor
der Rezensenten zieht Bilanz**

1. Auftritt: Vertreter der politische Elite

2. Auftritt: Vertreter der geistigen Elite

(6) **Der deutsche Geist zum schwarz-
rot-goldenen Wir-Gefühl**

Einladung zur kritischen Deutschstunde
mit einem bekennenden ‚Alt-68er‘

Woran eine feine Dichterseele

Geschmack findet

(7) **Deutsche Soldaten als Wahlhelfer
im Kongo:**

Ein Einsatz für mehr europäische
Weltordnungskompetenz

Preis: 15,-

Jahresabo: 60,-

ISSN-Nr. 0941-5831

erhältlich im Buchhandel oder über

GegenStandpunkt-Verlag:

Augustenstr. 24

80333 München

www.gegenstandpunkt.com

gegenstandpunkt@t-online.de

Aus dem Inhalt von 1-06:

**Das Volk – eine furchtbare
Abstraktion**

10 Jahre ‚Schuldenerlass‘

**Die Fortentwicklung der „schwer
verschuldeten armen Länder“ zu
„Failing States“**

Geheim und doch nicht zu
übersehen:

**Die nützlichen Dienste von CIA,
BND und Co. für ihre Demokratien**

Viel Lärm um ein par Zeichnungen
zum Thema ‚Mohammed‘ und ein
Kreuzzug für die Meinungsfreiheit

Aus dem Inhalt von 2-06:

**Das große Geschäft und die Sorgen
der Politik mit der leitungsgebundenen
Energieversorgung**

Die Automobilindustrie -

**Fallstudie über eine
„Schlüsselindustrie“ des
Kapitalismus, den weltweiten
Wettstreit der Kapitale und die
Standortkonkurrenz der Nationen**

Die „Heuschrecken“-Debatte
ökonomisch ernst genommen

**Wie die Stars der Finanzmärkte
Geld verdienen**

Japan, der andere Weltkrieg-II-
Verlierer, meldet sich auf der strategi-
schen Weltbühne zurück

**Warum die Weltwirtschaftsmacht
Nr.2 ihren „Pazifismus“ überwinden
muss und welche Widersprüche sie
dabei nicht scheut**

zu bestellen über:

www.gegenstandpunkt.com

Impressum:

V.i.S.d.P.: B. Schumacher, GegenStandpunkt-Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München

Was von Marx zu lernen wäre:

Alles Nötige über Arbeit und Reichtum im Kapitalismus

Vortrag von Peter Decker, GegenStandpunkt-Verlag

An deutschen Universitäten gehört es sich, dass man sich gelegentlich an den Theoretiker des 19. Jahrhunderts erinnert, dessen Gedanken einmal die Welt bewegt haben, der heute aber ein „toter Hund“ ist. Auch er gehört irgendwie zum Bestand des geistesgeschichtlichen Erbes; jedenfalls wird er in es eingemeindet – und zwar als ein Großer: ein großer Philosoph zum Beispiel, der es nach Hegel noch einmal geschafft hat, dialektisch zu denken; ein großer Soziologe, der ein System gebastelt hat, in dem die Gesellschaft von der materiellen Basis bis zum Überbau der Religionen und Ideen auf ein Prinzip gebracht ist; ein großer Prophet, der die Globalisierung früh vorausgesehen, ein großer Utopist, der sich eine schöne bessere Welt ausgedacht hat – und so fort.

Dass der Alte selbst, wenn er gefragt würde, nichts von dem genannten Großen vollbracht haben wollte, ja sich dieses Lob verbitten würde, kann seine geistesgeschichtlichen Freunde nicht bremsen. Sie haben ihm sogar den Umstand, dass er Kommunist gewesen ist, verziehen, rechnen ihm diesen Fehltritt jedenfalls nicht mehr als gravierenden Einwand vor. Er selbst sah seine Leistung einzig und allein in dem, was der Untertitel seines theoretischen Hauptwerkes ankündigt: in der „Kritik der politischen Ökonomie“ des Kapitalismus. Marx war, wenn irgendetwas, Ökonom – ausgerechnet die Wirtschafts-wissenschaften allerdings haben keine gute Erinnerung an seine theoretischen Leistungen, ja eigentlich überhaupt keine. Kein Wunder. Schließlich hat er nicht nur die menschenfeindliche und absurde Rationalität des

Wirtschaftssystems aufs Korn genommen, das sie so vernünftig finden, er hat auch ihre verständnisvollen Theorien darüber widerlegt.

An dem Kapitalismus, den Marx in der Phase seines Entstehens analysierte und kritisierte, hat sich seit seinen Tagen dies und das, aber nichts Wesentliches geändert: Immer noch ist die Vermehrung des Geldes der beherrschende Zweck, für den gearbeitet wird – und das ist keineswegs ein geschickter Umweg zur Befriedigung der Bedürfnisse; noch immer sind die arbeitenden Menschen Kostenfaktor, also die negative Größe des Betriebs-zwecks; noch immer findet die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, also der größten Quelle des materiellen Reichtums ausschließlich statt, um Löhne zu sparen und Arbeitskräfte zu entlassen – also um den Arbeiter ärmer zu machen.

Wegen dieser Aktualität und nur wegen ihr verdient es der längst verblichene Denker, dass man sich seiner erinnert. Seine Bücher helfen, die ökonomische Wirklichkeit auch heute noch zu erklären. Das will der Vortrag anhand von Originalzitate vorführen. Anzukündigen sind also einführende Argumente zur Kritik des Kapitalismus, wie sie dem Studium von „Das Kapital“ zu entnehmen sind, sowie ein paar ungewohnte Gedanken über Arbeit und Bedürfnis, Geld und Nutzen, Kapital und Arbeit, materiellen und kapitalistischen Reichtum sowie über den Gegensatz zwischen diesen Paaren, die unsere heutige Welt beinahe für Synonyme hält.

GEGENSTANDPUNKT

Anmerkungen zum kapitalistischen
Verhältnis von

Arbeit und Reichtum

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ –
„Standort“

Sonderdruck aus **GEGENSTANDPUNKT**

ISBN 3 - 929211-08-4

5,-

Bonn

Mittwoch, 29. November, 20 Uhr

Uni Bonn, Hörsaal 17

Regina-Pacis-Weg 5

53111 Bonn

Aachen

Donnerstag, 30. November, 19 Uhr

Uni Aachen, Philosophisches Institut

Eilfschornsteinstrasse 16 (Altbau)

Der Veranstaltungsort könnte sich ändern,
bitte kurzfristig auf der Website
www.gegeninformation.net
nachschaun

Eine abweichende Bilanz von Krieg und Frieden im Nahen Osten

- Israels Existenzrecht
- Arabisch-islamische Selbstbehauptung
- UN-Schutztruppe
- Amerikas Neue Nahost-Ordnung
- Deutschlands Friedensmission

Wer kämpft da eigentlich wofür?

Vortrag und Diskussion

34 Tage nach der Entführung zweier israelischer Soldaten durch schiitische Milizen, nach wechselseitigem Raketenbeschuss und dem Einmarsch der israelischen Armee in den Libanon, „schweigen“, wie es so schön heißt, „die Waffen“. Seither „wächst“, meldet die Tagesschau, „weltweit die Hoffnung auf Frieden“; vor allem seit dem Beschluss für eine „internationale Schutztruppe“. Eines lässt sich unsere Berichterstattung aus Nahost nicht nachsagen: Sie sei voreingenommen für den Krieg der einen oder anderen Seite. Partei ergreift sie allein für das Handwerk der Friedensstiftung; das allerdings kräftig: Kaum ist das Schießen vorbei, bangen wir um die Haltbarkeit der Waffenruhe, hoffen auf „ein klares und robustes Mandat“ für 15.000 UN-Soldaten, diskutieren engagiert Pro & Contra einer deutschen Beteiligung. Das Daumendrücken für den „heiklen Auftrag“, den Waffenstillstand zu sichern, Hisbollah langfristig zu entwaffnen und Nachschub aus Iran und Syrien zu unterbinden, beantwortet zugleich die Frage, welche Mächte in dieser heiß umkämpften Weltgegend den Frieden stören: Gegen arabisch-islamische Milizen und deren staatliche Unterstützer sollen die auswärtigen Aufsichtsmächte eine haltbare Friedensordnung stiften; dann erst kann Israel Frieden geben.

So geben unsere westlichen Berichtersteller ihre Parteinahme zu Protokoll, ohne ‚gut‘ oder ‚böse‘ sagen zu müssen: Sie übernehmen einfach die Titel, mit denen die Kriegsparteien das Blutvergießen begründen – um dann, streng neutral, zu prüfen, wem sie abnehmen, er müsse sich „bloß“ verteidigen, und wem nicht. Die Antwort fällt leicht. Die Formel des Schutzes von Land & Leuten wird im Fall der Hisbollah, die als erste an der „Gewaltspirale“ gedreht haben soll, als Propaganda enttarnt. Anders bei Israel, das sich dagegen gewehrt hat: Hier findet es fast jeder „selbstverständlich“, dass der Staat sich vor der Bedrohung aus dem Libanon schützt und sein Existenzrecht sichern muss. Krieg führen Staaten, zumindest ihre zivilisierten Exemplare, demnach offenbar nur, wenn sie durch andere dazu genötigt werden: Dann geht er nach Ansicht solch gutgläubiger Beobachter staatlich befohlenen Tötens aber auch in Ordnung.

Nur konsequent, wie viel Verständnis die Ankläger „eskalie-

render Gewalt“ für Israels Krieg verbreiten: Wo ‚Sicherheit‘ als guter Grund durchgeht, die Nachbarschaft mit Krieg zu überziehen, da unterbleibt die Frage nach den Ansprüchen und Interessen der Nation, die dadurch gesichert werden; und niemand will die Verhältnismäßigkeit bemerken, in der die eingesetzten Kriegsmittel zum politischen Zweck stehen, für dessen Verteidigung sie da sind. Spiegelbildlich dazu das Unverständnis, das sie Israels Feinden entgegenbringen: Ein Sicherheitsbedürfnis, gar politisches Programm wird islamischem Nationalismus schlicht abgesprochen, weil man von ihm nichts hält. Dessen Anhänger verdienen den Ehrentitel als ‚Vaterlandsverteidiger‘ nicht, wenn sie zur Bombe greifen; deren Gewalt ist ‚nackter Terror‘ ohne jeden Sinn und Zweck, sprich: ohne einen Grund, den „wir“ hierzulande gut heißen können. Gründe genug für eine ganz andere Bilanz von einem Vierteljahr Krieg und Frieden im Nahen Osten:

1. Der Staat Israel verteidigt sein Existenzrecht und Sicherheitsinteresse – als unangreifbare „Regionalmacht“. Für die Gültigkeit dieses Anspruchs ist es durchaus verhältnismäßig, „den Libanon um 20 Jahre zurückzubomben“.

2. Die Weltmacht USA erteilt dazu die Lizenz – und setzt Israels Kampf gegen seine Feinde ins Recht. Denn er leistet ihrem globalen Mehrfrontenkrieg gegen „die internationalen Drahtzieher des Terrors“ gute Dienste.

3. Die arabisch-islamischen Milizen stellen Israels Existenzrecht in Frage – als Hindernis ihres eigenen Staatswillens: Terrorismus ist ihre Waffe zur Behauptung in der herrschenden Weltordnung.

4. Die UNO entsendet Schutztruppen – und ergreift so Partei für die Rolle Israels in der Staatenwelt: Die internationale Kriegsdiplomatie erteilt der Gleichung, Israels Feinde sind auch die Feinde der Freiheit, ein robustes Mandat.

5. Europa und Deutschland sind dabei – wegen der „Verantwortung“, der sie sich nicht entziehen wollen. Zu Höherem berufene Staaten sind es ihrem Rangplatz in der Konkurrenz der Nationen schuldig, im Nahen Osten mitzumischen.

Diese Thesen sollen auf der Veranstaltung erläutert und zur Diskussion gestellt werden.

Bielefeld

Mittwoch, 18. Oktober, 19 Uhr

Ort: Uni Bielefeld, Hörsaal 16

nähere Informationen:
www.ak.blogspot.de

Köln

Donnerstag, 9. November, 20 Uhr

Ort: Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“,
Melchiorstraße 3, 50607 Köln
(Nähe Ebertplatz)

nähere Informationen:
www.gegeninformation.net